



Einer Region wird das Wasser abgegraben

Der Tagebau schädigt Natur und Städte für Jahrzehnte

 Dienstag, 14. April 2009, 21.00 - 21.45 Uhr

 Samstag, 18. April 2009, 12.00 - 12.45 Uhr (Wdh.)

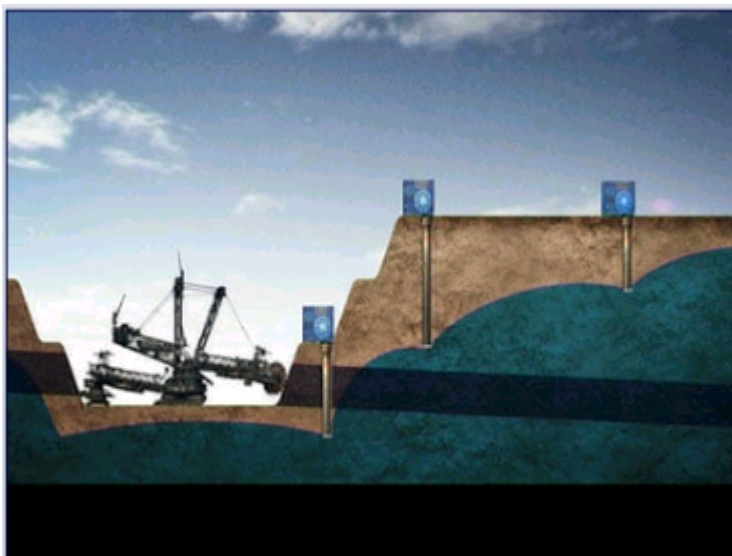


Ohne künstliche Bewässerung würden die Feuchtbiotope im Naturpark Schwalm-Nette austrocknen

Für den Tagebau müssen nicht nur Menschen, Häuser, Bäume und Straßen weichen, sondern auch das Wasser unter der Erde. Das Grundwasser am Niederrhein sammelt sich seit Jahrhunderten an vielen Stellen nur wenige Meter unter der Erdoberfläche. Die rheinischen Braunkohlenflöze dagegen liegen in einer Tiefe von bis zu 450 Metern. Damit die Tagebau-Grube nicht voll läuft, muss in der gesamten Region das Grundwasser künstlich abgesenkt werden.

Diese "Sümpfung" ist ein großer Eingriff in den Wasserhaushalt und hat für die Natur und die Städte im Umkreis verheerende Folgen.

Pumpen arbeiten jahrzehntelang rund um die Uhr



Pumpen halten wie Staumauern das Wasser zurück

Braunkohle kann nur trocken gefördert werden. Das Grundwasser rund um den Tagebau muss deshalb bis unter die tiefste Abbaustufe gesenkt werden. Hunderte von Pumpen bilden mehrere Ringe um die Gruben. Die äußeren Pumpen saugen zunächst das Oberflächenwasser ab. Je näher sie am Bagger stehen, desto tiefer müssen sie saugen - in Garzweiler bis in eine Tiefe von 230 Metern und in Hambach sogar bis zu 450 Meter tief. Zum Einsatz kommen dort meist Tauchpumpen, die pro Minute 32.000 Liter Wasser fördern können. Sie bilden zusammen

einen sogenannten Sümpfungstrichter, der weit über den Tagebau hinaus das Grundwasser beeinflusst. Allein in Garzweiler werden Jahr für Jahr weit über 100 Millionen Kubikmeter

Wasser abgepumpt, Tendenz steigend. Das entspricht etwa dem sechsfachen Wasserbedarf der Großstadt Mönchengladbach.

Mönchengladbach sackt im Süden ab



Biegsame Gasanschlüsse schützen vor Explosionen

Die Pumpen graben auch der Stadt Mönchengladbach das Wasser ab. Das Wasserschloss Wickrath wäre ein Landschloss, wenn nicht der Wassergraben mit abgesenktem Wasser aus dem Tagebau künstlich gespeist würde. Mönchengladbach grenzt im Süden an die Tagebaugrube Garzweiler II. Aber die Stadt profitiert nicht von dem Tagebau, sondern ihr entstehen nur Kosten. Die Senkung des Grundwasserspiegels führte zum Beispiel dazu, dass das Wasserwerk Hoppbruch mit teuren Filtern nachgerüstet werden musste. Das Trinkwasser sammelt sich dort nicht mehr ausschließlich in der unbebauten

und umzäunten Schutzzone, sondern auch außerhalb, in einem Gebiet, dessen Erdreich durch eine chemische Reinigung verseucht wurde. Durch die Sumpfung im Tagebaubereich hat das Grundwasser nämlich seine Fließrichtung verändert.

Auch Risse an Gebäuden, die auf Böden mit einem hohen Humusanteil stehen, machen der Stadt zu schaffen. Durch die Entwässerung schrumpfen diese Bodenschichten. Die Häuser sacken und das Mauerwerk reißt. Besonders drastisch zeigt sich das entlang des Rheindahlener Sprungs - einem circa zehn Kilometer langen Riss in der Erdkruste, der von West nach Ost quer durch Mönchengladbach verläuft. Im Tagebau nahen Südteil der Stadt sinkt der Boden stärker ab als im Nordteil. Das führt zu Bergschäden. Deswegen musste hier schon ein Haus abgerissen werden. In der Talstraße, die direkt über dem Rheindalener Sprung liegt, tauschte der Gasversorger sicherheitshalber die starren Rohre gegen biegsame aus. Es soll so verhindert werden, dass im Falle einer Senkung ein Gasrohr reißt und eine Explosion auslöst.

Feuchtgebiete hängen am Tropf



Sickergruben verhindern das weitere Absinken des Grundwasserspiegels

Auf die Grundwasserabsenkungen reagieren besonders empfindlich Feuchtgebiete und Moore, die in den Niederungen der Flüsse und Bäche liegen. Die Pflanzen dort sind auf hohe Wasserstände angewiesen. Sinkt der Grundwasserspiegel nur um wenige Zentimeter, kippt das Ökosystem. Der Boden trocknet aus. Der Naturpark Schwalm-Nette ist ein solches Biotop. Er liegt nördlich von Garzweiler und muss wegen des Tagebaus inzwischen künstlich bewässert werden. Das in Garzweiler abgepumpte Wasser wird dazu über ein weitverzweigtes und

rund 125 Kilometer langes Rohrleitungssystem in die Feuchtgebiete zurückgeführt. Über Sickerbrunnen und -schlitze gelangt es wieder in den Boden und sorgt dafür, dass der ehemalige Wasserpegel künstlich aufrechterhalten wird. Selbst wenn in Zukunft die Braunkohle schon längst abgebaggert ist, wird das Feuchtgebiet noch am Tropf hängen. Ökologen rechnen damit, dass die Natur rund 50 Jahre braucht, um sich vollkommen von der Senkung des Grundwasserspiegels zu erholen.

Entschädigungen sind einkalkuliert

Weil der Eingriff in den Wasserhaushalt so weitreichende Folgen hat, überwachen der Braunkohlentagebaubetreiber, das Landesumweltamt und die betroffenen Kreise und Städte gemeinsam die betroffenen Gebiete. An rund 3.400 Messstellen kontrollieren Techniker regelmäßig Wasserstand und -qualität. Biologen zählen an ausgewählten Flächen die Pflanzenarten und beobachten ihre Entwicklung. Das Warnsystem dient dazu, auch die kleinsten Veränderungen zu erkennen und rechtzeitig gegenzusteuern. Die Kosten dafür übernimmt, genauso wie im Falle von nachweisbaren Bergschäden, der Braunkohlentagebaubetreiber. Er hat die Kosten im Strompreis einkalkuliert. Insofern ist unsere Stromrechnung streng genommen auch eine Wasserrechnung.



Netzwerk Bergschäden

Verhandlungen auf Augenhöhe

Von Britta Wonnemann, 06.05.09, 15:04h

In Hambach wurde jetzt das revierweite „Netzwerk Bergschäden“ in Leben gerufen. Der Zusammenschluss will auf eine Änderung des Bundesberggesetzes hinarbeiten, um Schäden bürgerfreundlicher zu regulieren.

Elsdorf / Rhein-Erft-Kreis - Bergschäden sollen künftig bürgerfreundlicher reguliert werden. Das hat sich das revierweite „Netzwerk Bergschäden“ zum Ziel gesetzt, das jetzt in Hambach gegründet wurde. Bisher ist es an RWE Power als Betreiber der Tagebaue, festzustellen, ob Schäden an Häusern Folgen des Bergbaus sind und wie viel Entschädigung die Betroffenen bekommen sollen. Die allerdings empfanden die Bearbeitungs- und Regulierungspraxis des Konzerns oft als willkürlich und kritisierten, mit Mess-Ergebnissen und geologischen Daten werde nicht gerade offen umgegangen. Um die Situation für Haus- und Grundstückseigentümer gegenüber RWE zu verbessern, ist ein Zehn-Punkte-Plan aufgestellt worden. Er soll öffentlich diskutiert, RWE und der Politik vorgestellt und schrittweise durchgesetzt werden. Einer der wichtigsten Punkte: Das Bundesberggesetz soll geändert und damit die Beweislast umgekehrt werden. Denn bisher mussten Hausbesitzer nachweisen, dass der Schaden an ihrem Gebäude vom Bergbau verursacht ist - nun soll das Unternehmen nachweisen müssen, dass er nicht daher rührt. Außerdem soll RWE der vor kurzem gegründeten Schlichtungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen zu Bergschäden beitreten. Dort versuchen neutrale Schlichter, Streitigkeiten zu klären.

„Viele Betroffene haben festgestellt, dass es in den letzten vier, fünf Jahren immer schwieriger wird, Bergschäden anerkennen zu lassen“, hat der Sachverständige Peter Immekus vom Bergschadenbüro in Bergheim festgestellt. Im vergangenen Jahr sei daher die Überlegung aufgekommen, das Netzwerk zu gründen. Man wolle „die gleiche Augenhöhe“ zu RWE herstellen.

Zwei Initiativen

Aus dem Rhein-Erft-Kreis sind neben Immekus und der Bergheimer Kanzlei Doris Vorloeper zwei Bürgerinitiativen dabei, eine aus Bergheim und Bedburg sowie eine aus Elsdorf-Heppendorf. Außerdem sind Initiativen, Anwälte, Sachverständige und Politiker aus dem Rhein-Kreis Neuss, dem Kreis Düren, aus der Nähe von Aachen, Heinsberg und Mönchengladbach beteiligt. „Die Idee war, den Tagebau Hambach durch das Netzwerk einzuschließen, damit klar wird, dass die Probleme nicht nur in einem Gebiet liegen“, erklärte Viktor Rössler von der Heppendorfer Bürgerinitiative. Zum Zehn-Punkte-Plan gehört auch der Verzicht auf „Schreibtisch-Ablehnungen“ ohne Schadensbesichtigung vor Ort. Zudem sollen Betroffene mitbestimmen, wie und was überprüft wird, RWE soll die Kosten für Juristen und Gutachter auch in strittigen Fällen übernehmen. Auch soll die Erklärung zur „Schnellen Hilfe“, die RWE 1994 gegenüber dem Land machte, überarbeitet werden - sie regelt, wie Sachbearbeiter im Fall eines möglichen Bergschadens vorgehen sollen. Für Ende Mai bereitet das Netzwerk eine Podiumsveranstaltung mit allen Initiativen und Betroffenen vor.

RP ONLINE

DRUCKVERSION

erstellt am: 26.01.2009

URL: www.rp-online.de/public/article/665381/Bergschaeden-bis-Duesseldorf.html

Region

Bergschäden bis Düsseldorf

VON TINA STOCKHAUSEN - zuletzt aktualisiert: 26.01.2009 - 10:23

(RP) Die gesamte Region rund um den Tagebau Garzweiler muss in Zukunft mit Bergschäden rechnen. Laut Geologischem Dienst reicht die Risikozone bis Viersen, laut Gutachtern sind sogar Außenbezirke Düsseldorfs betroffen. Anwohner müssen mit Rissen im Mauerwerk und feuchten Kellern rechnen.

Joachim Müller arbeitet acht Stunden am Tag, er hat vier Kinder, jede Menge um die Ohren und abends "keinen Nerv mehr", sich mit Gutachtern und Anwälten "rumzuschlagen". Das Badezimmerfenster klemmt, die Kacheln über der Wanne sind gesprungen, die Treppe ist verzogen. "Wahrscheinlich sind das Bergschäden", sagt er. "Aber es ist schwierig, das zu beweisen." Müller wohnt in Hochneukirch. Von seinem Wohnzimmerfenster aus kann er das Abbaugelände des Tagebaus Garzweiler sehen. Doch laut Lokalpolitikern existieren in Hochneukirch keine Bergschäden.

"Es ist sehr wahrscheinlich, dass es in dem Ort Bergschäden gibt", sagt dagegen Peter Immekus.

Der Sachverständige kämpft seit Jahren für Bergbaugeschädigte, die bei RWE Power eine Schadensregulierung durchsetzen wollen. Laut seiner Einschätzung ist die Zahl der Bergschäden durch Garzweiler weit höher als bisher bekannt. "Die Risikozone wird sich bald bis in die Außenbezirke Düsseldorfs ausdehnen", sagt Immekus. In diesem Gebiet könnten durch den Braunkohle-Tagebau verursachte Schäden an Häusern auftreten. "Aber die Betroffenen melden die Schäden nicht", sagt er. "Weil sie nicht wissen, dass das Einflussgebiet schon bis zu ihnen reicht."



Die gesamte Region um den Tagebau Garzweiler muss in Zukunft mit Bergschäden rechnen.
Foto: ddp

Da RWE Power weiter baggert, wird diese Risikozone stetig größer: Im Norden liegen laut Geologischem Dienst NRW bereits Viersen und Dülken in dem Gebiet, im Westen reicht es bis an die niederländische Grenze, im Osten bereits bis Neuss. In diesem Bereich nimmt der Tagebau Einfluss auf den Grundwasserspiegel. Um die Braunkohle abzubaggern, muss RWE die Abbaustelle trockenlegen. Wo das Grundwasser entzogen wird, sackt der Boden ab – und das kann Schäden an den Häusern verursachen: Risse in den Wänden und Decken, verzogene Treppen, klemmende Türen. Schäden, wie bei Joachim Müller aus Hochneukirch.

"Gefährdet sind vor allem Häuser an Hängen, nahe Bächen oder auf Erdschollenrändern, die in einem Abstand von grob geschätzt zehn Kilometern den Boden durchziehen", sagt Josef Klostermann, Direktor des Geologischen Dienstes NRW. "Auf einem solchen Grundstück sollte man besser kein Haus bauen." Jeder, der in der Risikozone bauen wolle, sollte vorab ein Bodengutachten erstellen lassen. "Eventuell müssen beim Bau gewisse Vorkehrungen getroffen werden, beispielsweise das richtige Fundament gelegt werden", sagt Klostermann. "Nur so lassen sich spätere Schäden vermeiden."

Doch die wahren Probleme erwarten die Geologen erst, wenn RWE in einigen Jahrzehnten aufhört zu baggern. Dann steigt der Grundwasserspiegel wieder – und der Boden hebt sich. "Wer jetzt das falsche Fundament legt, dem droht später ein nasser Keller", sagt Klostermann. "Das weiß nur leider niemand."

Für Gutachter Immekus ist diese Informationslücke "ein Unding": "Da werden Menschen wissentlich in den Ruin getrieben", sagt er. "Die Gemeinden weisen neue Baugebiete aus, ohne über das Schadensrisiko aufzuklären." Die Bauherren könnten nicht wissen, dass sie in der Risikozone gegen spätere Schäden beim Bau Vorsorge treffen müssen. "Und was mit der Region passiert, wenn RWE Power sich zurückzieht, weiß keiner", sagt Immekus. "Wenn RWE die Pumpen einfach abstellt, saufen einige Neubau-Siedlungen regelrecht ab."

Die Wahrscheinlichkeit von Schäden durch Garzweiler sei gering, sagt RWE-Power-Sprecher Manfred Lang, aber sollte es sich tatsächlich um einen von uns verursachten Bergschaden handeln, regulieren wir ihn sofort."

Gutachter Peter Immekus sieht das anders. "Die Betroffenen müssen beweisen, dass es sich um einen vom Braunkohletagebau verursachten Schaden handelt", sagt er. "Doch die Messdaten hat RWE Power." Die Bürger müssten demnach einen unabhängigen Gutachter und eventuell Prozesskosten vorstrecken – bei ungewissem Ergebnis. "Vielen ist das zu riskant."

Auch Joachim Müller war dies zu heikel. Er hatte zwar vor zwei Jahren mit einigen Anwohnern aus Hochneukirch eine Initiative gegründet, um von RWE Power eine Schadensregulierung zu erwirken. Doch nachdem Peter Immekus der Gruppe die Risiken dargelegt hatte, löste sich die Initiative auf.

Diese Verteilung der Beweislast bei Bergschäden beschäftigt auch die Politik: Im Landtag gibt es einen Unterausschuss, der sich mit den Bergschäden befasst. "Wir versuchen, einen Waffengleichstand zwischen Bürgern und Unternehmen zu erreichen", erklärt Vorsitzender Josef Hovenjürgen (CDU). "Deshalb soll es jetzt eine Schiedsstelle geben." Diese soll zwischen Konzern und Bürger vermitteln.

In Hochneukirch fühlen sich die Anwohner von den verantwortlichen Politikern im Stich gelassen. "Keiner setzt sich für uns ein", sagt Müller.

Für Immekus ist das nicht überraschend: "Es ist ein immenser Standortnachteil, wenn eine Gemeinde als Bergschadensgebiet gilt", sagt er. "Das verschreckt Investoren." Diese Zurückhaltung würde sich allerdings rächen. "Das dicke Ende kommt, und die Schadensfälle werden zunehmen", sagt Immekus. "Doch dann wird es für viele Hausbesitzer zu spät sein."

erstellt am: 07.02.2009

URL: www.rp-online.de/public/article/korschenbroich/670575/RWE-prueft-Erdbebenschaden.html

Jüchen

RWE prüft Erdbebenschäden

VON LESLIE BROOK - zuletzt aktualisiert: 07.02.2009

Jüchen (RP) Mehrere Jüchener beklagen Schäden nach dem Erdbeben im Dezember. RWE Power hat Gutachter beauftragt, die Risse zu analysieren. Wenn sie auf den Bergbau zurückgeführt werden können, kommt RWE für den Schaden auf.

Zehn Schadensmeldungen sind bei RWE Power nach dem Erdbeben im Dezember eingegangen. Acht davon stammen aus der Gemeinde Jüchen, zwei aus Grevenbroich. Es sind vor allem Hochneukircher Bürger, die Risse in ihren Wänden beklagen und den Schaden durch RWE reguliert sehen wollen. "Wir beschäftigen uns momentan mit den gemeldeten Schäden – wir haben zu allen telefonischen Kontakt aufgenommen und bei einigen sind unsere Leute bereits vor Ort gewesen", berichtet Werner Schäfer, der bei RWE Power für Bergschäden verantwortlich ist.

Wer trägt Beweislast?

Eindeutig haben die Erdbebenforscher der Universität Köln das Beben vom 8. Dezember auf den Tagebau zurückführen können. Und auch Schäfer bestätigt, dass es sich laut Gutachten um kein natürliches Beben gehandelt haben kann. "Wir werden natürlich für Bergschäden aufkommen, dazu haben wir uns sogar gesetzlich verpflichtet", betonte Schäfer, der im Planungsausschuss einen Vortrag über diese Art von Erdstößen hielt. Festgestellt werden müsse aber durch Gutachter, ob die gemeldeten Schäden tatsächlich durch das Beben verursacht wurden. Seismologen könnten erkennen, ob die Risse zeitlich und von ihrem Ausmaß her zum Dezemberbeben passen. Durch die Grundwasserabsenkung im Tagebau kämen Gesteinsschichten in Bewegung und es könne dabei selten zu spürbaren Beben kommen, so der Experte.

Ganz so leicht wollten sich die Politiker im Planungsausschuss mit den Erklärungen aber nicht zu Frieden geben. "Was ist mit den Bürgern, denen Schäden erst später auffallen? Wie können sie belegen, dass diese durch das Erdbeben verursacht wurden?", wollte Dr. Holger Tesmann (SPD) wissen. Auch CDU-Fraktionschef Norbert Esser zeigte sich skeptisch gegenüber der Schadensregulierung: "Es haben sich zehn Geschädigte bei RWE gemeldet, aber was ist, wenn es sich um einige hundert handelt?"

Werner Schäfer legte dar, in welcher Gefahrenzone sich die Gemeinde Jüchen befindet. Es handelt sich um die Zone zwei: Das bedeutet, es können leichte Schäden vorkommen. Erdbeben werden in zwölf Intensitätsstufen gemessen. Für die Zone zwei heißt das: Risse im Verputz und Spalten in Schornsteinen sind möglich. Dass es auch beim Beben im Dezember tatsächlich zu Schäden an Häusern gekommen sein könnte, ist für Karl-Heinz Mohren augenscheinlich: "Uns haben ja im Rathaus die Köpfe gewackelt." Schäfer: "Schäden in größerem Umfang sind auszuschließen."

Strittig im Ausschuss war zudem die Frage der Beweislast. Herbert Altenberg: "Wer muss die Beweise erbringen?" Schäfer erklärte, dass die Untersuchungen auf Kosten von RWE durchgeführt würden. Um das Verfahren für die Bürger transparenter zu machen, wollen die Parteien Fachinformationen im Rathaus einsehbar machen.



Tagebau

Wenn die Kegelkugel zurückkommt

Von Elke Silberer, 01.01.09, 19:03h, aktualisiert 02.01.09, 12:23h

Viele Bewohner von Niederzier und Elsdorf klagen über die Tagebau-Schäden. Risse in den Wänden und wackelnde Schränke sind hier Alltag - das zehrt an den Nerven der Menschen.

NIEDERZIER - Brigitte Orkisz hat es satt. Der Anbau ihres Hauses in Niederzier ist ständig in Bewegung: Die Hängeschränke in der Küche gehen auseinander, der Putz bröseln von den Wänden, zwischen abgehängter Decke und Wand klafft ein dicker Spalt, die Türen schleifen. RWE Power hat das vor einigen Jahren alles schon mal repariert - inklusive der Wand in der Gästetoilette, durch die man rausblinzeln konnte. Von draußen sind jetzt breite Dehnfugen drauf, von innen hat man eine Platte davor gesetzt. „Das sind Bergschäden“, sagt die Frau.

Die Gemeinde Niederzier mit 14 000 Einwohnern (Kreis Düren) liegt zwischen den Braunkohlentagebauen Hambach und Inden. Das frühere Abpumpen von Grundwasser (Sümpfung) für Hambach bescherte dem Ehepaar vor Jahren die erste Schadenswelle. Dann war etwas Ruhe. Jetzt mit der Sümpfung für Inden gibt es neue Schäden. Das zehrt an den Nerven.

„Man hat uns gesagt, wir bauen ihnen den Anbau woanders hin. Aber was sollen wir damit auf der Wiese? Wie stellen die sich das vor?“, fragt sie verärgert. Sie und ihr Mann wollen verkaufen. Aber wer wolle so ein Haus schon haben? Zumal es auch im Haupthaus Risse im Mauerwerk gebe. Aber die habe RWE nicht als Bergschaden anerkannt.

Wolfgang Schäfer beobachtet seit gut zwei Jahren, dass immer mehr Häuser und Straßen von für Bergschäden typischen Rissen durchzogen werden. In der Grundschule waren die Risse so gravierend, dass die Gemeinde die Fassade aufwendig verkleiden ließ. RWE erkannte den Schaden nicht als Bergschaden an. Trotzdem ist Bürgermeister Hermann Heuser dem Konzern wohlgesonnen: „Bergschäden werden anstandslos reguliert“, sagt er. RWE trägt mit seinen Gewerbesteuern dazu bei, dass es Niederzier finanziell gut geht. Die Gemeinde ist schuldenfrei.

Der Sachverständige für Bergschäden, Peter Immekus, sieht Niederzier in einer besonderen Situation. Der Ort liege auf einer tektonischen Verwerfungszone zwischen Erft- und Rur-Scholle. Durch den Bergbau gerieten die Kanten an den Schollen in Bewegung. In Bergheim sei die Situation mit nur einem Tagebau ähnlich gewesen. Aber schon dort sei jedes Haus beschädigt gewesen. „In Niederzier haben wir aber zwei Tagebaue links und rechts von der Ortschaft. Es ist deutlich, dass das da jetzt langsam richtig losgeht.“

Vor wenigen Tagen hat das geophysikalische Institut der Universität Köln ein Erdbeben in Grevenbroich registriert, das eindeutig durch den Tagebau ausgelöst wurde. Die Erdstöße erreichten eine Stärke von 2,2 auf der Richter-Skala. Für Gebäude werden allerdings erst Beben ab einer Stärke von 3,5 gefährlich. RWE Power bestreitet, dass die Absenkung des Grundwasserspiegels zu Schäden in der ganzen Gemeinde Niederzier führt. Die tektonischen Verwerfungen seien bekannt. Aus diesem Grund senke man nur tiefer liegende Grundwasserpegel ab, und das wirke sich nicht auf die Erdoberfläche aus. Die Strategie sei richtig, die Schadensmeldungen aus dem Bereich Niederzier seien außerdem rückläufig.

Sigrid Müller-Maintz hat ihre eigene Erklärung dafür. „Die Leute sind mürbe.“ Damit ein Bergschaden anerkannt werde, müssten Betroffene ein teures Gutachten beibringen und in vielen Fällen auch klagen. In ihrer Gaststätte in der Ortschaft Hambach bekommt die Wirtin viel zu hören. Sie führt den „Hambacher Hof“ in der vierten Generation. Aber nun ist sie es leid, möchte am liebsten verkaufen. Mit dem Tagebau Hambach traten in den 90er Jahren die ersten massiven Schäden auf. „Das Dach klappte auseinander, Risse zogen sich durch die Wände. 800 000 Mark habe RWE damals gezahlt. 250 000 Mark habe die Familie noch mal draufgelegt, um alles zu beheben.

„Vor fünf Jahren fing es wieder an“, sagt sie. Der Innenhof sackte ab, Türen schließen nicht mehr, es gab Risse in den Wänden, ein Wasserrohr brach weg. „Die Kegelbahn steht immer wieder schief, die Kugel kommt zurück.“ Zehn Mal im Jahr kommen Handwerker, um die Bahn zu richten. Sie hat noch Glück im Unglück: Die Schäden werden von RWE zügig repariert. Aber sie will einfach nicht mehr. (dpa / EB)

Forderungskatalog aufgestellt

RWE soll Schlichtungsstelle beitreten

SEBASTIAN MEURER - zuletzt aktualisiert: 13.04.2009 - 21:27

Beim Treffen des neuen „Netzwerk Bergschäden“ waren auch Jüchener dabei / Forderungskatalog aufgestellt



Der Tagebau verursachte die Erdstöße vom 8. Dezember. Diese belebten die Bergschäden-Diskussion, nun formuliert das „Netzwerk Bergschäden“ seine Forderungen.
Foto: Archiv L. Berns

Jüchen Schon seit längerer Zeit war die Bildung eines „Netzwerks Bergschäden“ im Gespräch - jetzt wurde es gegründet.

Bürgerinitiativen und Politiker aus der Region - aus dem Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erftkreis sowie aus den Städten Düren, Heinsberg, Jülich und Aachen - trafen sich zu diesem Zweck gemeinsam mit Betroffenen, Sachverständigen und Rechtsanwälten in Hambach.

Aus der Gemeinde Jüchen war neben Gerolf Hommel, Fraktionsvorsitzender der Freien Wählergemeinschaft (FWG), auch Margret Granderath aus Hochneukirch mit von der Partie, die über Bergschäden an ihrem Haus an der Birkenallee klagt.

Die Ortswahl Hambach erfolgte angesichts des dortigen Tagebaus natürlich alles andere als zufällig: Massive Kritik an RWE Power bildete so etwas wie die „Begleitmusik“ des Treffens, bei dem unter anderem ein Zehn-Punkte-Plan verabschiedet wurde. Dessen zentrale Forderung ist die Umkehr der Beweislast: Müssen bisher Geschädigte gegenüber RWE Power nachweisen, dass das Unternehmen der Verursacher ist, soll nunmehr das Unternehmen im konkreten Fall den Beweis dafür antreten, dass Schäden an Gebäuden nicht auf den Tagebau zurückzuführen sind. Adressat dieser Forderung ist der Bundestag, eine Änderung des Bundesberggesetzes wäre nötig.

Ganz obenan rangiert auch die Forderung, RWE Power möge der erst vor wenigen Wochen neu gebildeten Schlichtungsstelle des Landes beitreten. Wer sich als vom Bergbau Geschädigter ansieht, kann sich an diese Stelle wenden, wobei mit Hilfe eines neutralen Schlichters versucht wird, die Streitigkeit beizulegen.

RP ONLINE

DRUCKVERSION

erstellt am: 11.12.2008

URL: www.rp-online.de/public/article/moenchengladbach/648911/Tagebau-liess-Erde-beben.html

Mönchengladbach

Tagebau ließ Erde beben

VON LESLIE BROOK UND INGE SCHNETTLER - zuletzt aktualisiert: 11.12.2008

Mönchengladbach (RP) Zweimal hat am Montag die Erde rund um Garzweiler gebebt. Am Mittwoch kam heraus: Auslöser war der Tagebau. Anlieger haben Angst vor weiteren Beben. Und Kritiker fühlen sich bestätigt und warnen vor Schlimmerem.

Das Epizentrum der beiden Erdbeben lag im Gebiet des Braunkohletageabbaus Garzweiler. Die Messstation der Erdbebenforscher von der Uni Köln steht am Rande des Abbaugebiets und hat die beiden Beben um 17.21 Uhr und 21.56 Uhr (UTC-Zeit) aufgezeichnet. „Es war das erste spürbare Beben, das dort durch den Tagebau verursacht wurde“, erläutert Dr. Klaus Hinzen, Geophysiker der Uni Köln, auf Nachfrage der RP.

Schon häufiger habe es im Bereich von Garzweiler in der Vergangenheit sogenannte „Mikrobeben“ gegeben, diese seien allerdings so gering gewesen, dass kein Mensch sie habe spüren können. „Auf der Richterskala bewegten sich diese um den Wert Null und wären ohne genaue Technik gar nicht messbar“, sagt der Erdbebenexperte. „So etwas tritt sehr selten auf und hat bisher nie zu Schäden geführt“, sagt Lothar Lambertz, Pressesprecher von RWE Power.

Das erste Beben, das viele Bürger in Jüchen und Grevenbroich am Montagabend wahrgenommen haben, verzeichnete eine 2,2 auf der Richterskala. „Es ist damit immer noch ein Mikrobeben, liegt aber im Bereich des Spürbaren.“ Jedes Beben bis zur Magnitude 2,5 wird als Mikrobeben bezeichnet. Das zweite fiel mit einer 1,4 auf der Richterskala schwächer aus. Erst ab einer Stärke von 3,5 würden Erdbeben für Häuser gefährlich, so Hinzen.

Beide Beben seien eindeutig „keine natürlichen Erdbeben“ gewesen, berichtet Dr. Hinzen. Anhand von Wellenfrequenz und Tiefe des Bebens ließe sich das ausschließen. Bei den natürlichen Erdbeben liegt das Epizentrum in einer Tiefe von fünf bis zwanzig Kilometern. In diesem Fall wurden Werte von 700 und 400 Metern gemessen.

Warum durch Tagebau Erdbeben verursacht werden können, erklärt der Erdbebenforscher: „Um Tagebau betreiben zu können, muss das Grundwasser abgepumpt werden. Die lockeren Gesteinsschichten aus Kies, Sand und Braunkohle können sich dadurch leichter verschieben, weil das Wasser nicht mehr die Hohlräume dazwischen füllt.“ Deshalb kann es zu Absackungen kommen, welche „meist langsam und kontinuierlich“ passieren. Erst wenn das „schlagartig“ geschieht, ist es für Menschen wahrnehmbar.

„Ich habe immer vor dem Experiment Tagebau gewarnt“, sagte gestern Reiner Brandts, Mitglied des Braunkohleausschusses. „Der Tagebau ist völlig überflüssig und zerstörerisch –

außerdem energietechnisch absolut unnötig.“ Wenn sich jetzt zeige, dass von Garzweiler Gefahren ausgehen, „sollte man die ganze Konzeption schnellstens noch einmal überdenken“.

Barbara Weinthal vom Fachbereich Umweltschutz und Entsorgung möchte keine Panik schüren. „Aber man weiß natürlich nicht, wo die nächsten Schläge passieren.“ Die könnten sich demnächst bis nach Wanlo auswirken: „Das ist zumindest nicht auszuschließen.“

rhein-erft-online.de
Kölner Stadt-Anzeiger

News

Köln

Region

Magazin

WEB KSTA

Rhein-Berg/Oberberg | Rhein-Sieg/Bonn | **Rhein-Erft** | Euskirchen-Eifel | Leverkusen

ELSDORF

Hausbesitzer sauer

Der Protest gegen RWE Power formiert sich

Von Joachim Röhrig, 27.10.08, 18:01h

Hausbesitzer klagen über Risse an ihren Häusern, die sie auf den Tagebau zurückführen. Das Bergbauunternehmen bestreitet Schäden durch die Absenkung des Grundwassers.

Elsdorf - Bislang waren es nur Einzelkämpfer, die sich mit RWE Power angelegt haben. Nun aber scheint sich in Heppendorf und Umgebung eine breite Widerstandsfront zu organisieren: Fast 70 Bürgerinnen und Bürger, die in jüngerer Vergangenheit allesamt Risse in den Wänden und Fußböden ihrer Häuser entdeckt haben, versammelten sich am Samstag im Gemeindehaus und machten deutlich, dass sie von RWE mehr erwarten als lapidare Ablehnungsbescheide. Denn nach Überzeugung der Betroffenen können die Schäden nur entstanden sein, weil RWE den Grundwasserspiegel rund um den Großtagebau Hambach weiträumig absenkt und damit unheilvolle geologische Prozesse in Gang setzt.

Um die Braunkohlenvorkommen von Hambach, Inden oder Garzweiler abbaggern zu können, muss RWE das Grundwasser bis in mehrere Hundert Meter Tiefe abpumpen. Davon betroffen ist nicht nur das Gebiet unmittelbar rund um die Tagebaue, sondern der Wasserhaushalt in einem Umkreis von rund 50 Kilometern. Und mit dem Grundwasser sinkt die gesamte Landschaft fast unbemerkt ab. So ist die Gegend um Heppendorf als tiefste Zone im Hambacher Einzugsgebiet bislang bereits um fast vier Meter gesackt.

Verläuft dieser Prozess langsam und gleichmäßig, dann gibt es normalerweise keine Probleme an den Häusern. Auf eben diese Annahme stützt sich RWE, wie Werner Schaefer als Leiter der Bergschäden-Abteilung des Unternehmens bei der Bürgerversammlung betonte: Seit Jahrzehnten würden in Heppendorf Höhenmessungen vorgenommen, ohne dass irgendwelche ungleichmäßigen Bewegungen festgestellt worden seien. „Geologische Störungen, die im Zusammenspiel mit der Grundwasserabsenkung zu Bergschäden an Gebäuden führen könnten, gibt es in Heppendorf eindeutig nicht“, erklärte Schaefer - und erntete prompt heftigen Protest.

Denn bei Viktor Rössler von der Interessengemeinschaft der Bergbaugeschädigten stapeln sich inzwischen Schadensmeldungen von rund 40 Heppendorfer Hausbesitzern. Hinzu kommen Fälle aus Nachbarorten. „Alle haben Probleme mit Setzrissen im Mauerwerk.

Bei Häusern, an denen über Jahrzehnte hinweg nichts Auffälliges festzustellen waren, treten plötzlich gravierende Schäden auf. Das kann doch nicht alles mit Pfusch am Bau oder Materialermüdung zu tun haben.“

„Barsch abgewiesen“

Diejenigen, die ihre Schäden wie Rössler selbst bereits bei RWE angezeigt haben, seien allesamt barsch abgewiesen worden. „In manchen Fällen sind die Leute von RWE noch nicht mal rausgekommen, um sich die Dinge anzusehen. Da kriegt man ein Standardschreiben, in dem behauptet wird, dass die Schäden nichts mit dem Tagebau zu tun haben könnten, und das war's dann“, ärgert sich Rössler.

Doch so leicht wollen sich die Heppendorfer nun nicht mehr abfertigen lassen. Sie haben neben der SPD-Bundestagsabgeordneten Gabi Frechen inzwischen die auf Bergschadensfälle spezialisierte Bergheimer Rechtsanwältin Dr. Doris Vorloeper und den Sachverständigen Peter Immekus zurate gezogen, die am Samstag bereits Tipps gaben, wie Gebäudeschäden dokumentiert und gemeldet werden sollten. Beide Experten halten es angesichts der Häufung der Fälle und der Ähnlichkeiten bei den Schadensbildern für unwahrscheinlich, dass der Tagebau nichts mit den Problemen zu tun hat. Die Beweisführung sei allerdings aufwendig, teuer und schwierig.

Geplant ist nun zunächst, alle Fälle genau zu dokumentieren und dem RWE die gesammelten Unterlagen gemeinsam zu übergeben - in der Hoffnung, dass das Unternehmen seine Abwehrhaltung aufgibt, jeden Einzelfall objektiv begutachtet und die geologischen Gegebenheiten in Heppendorf genauer als bisher unter die Lupe nimmt. „Eine gütliche Einigung ist uns lieber als langwierige Gerichtsprozesse“, so Viktor Rössler, „aber wir erwarten schon, dass das Unternehmen mehr Entgegenkommen zeigt.“ Als Informationsplattform für Betroffene hat die Initiative zudem eine Internetseite eingerichtet.